

Beschreibung des Vorhabens

Ich/wir beantrage/n die Gewährung einer Zuwendung nach der LEADER-FÖRL M-V gemäß:

- 14 Nummer 2.1 Buchstabe a) – Umsetzung der Strategie für lokale Entwicklung
- 15 Nummer 2.1 Buchstabe b) – Vorbereitung einer gebietsübergreifenden oder transnationalen Zusammenarbeit
- 16 Nummer 2.1 Buchstabe c) – Durchführung eines gebietsübergreifenden oder transnationalen Kooperationsvorhabens zur Umsetzung der Strategie für lokale Entwicklung
- 17 Nummer 2.1 Buchstabe d) – Verwaltung, Begleitung und Evaluierung der Durchführung der Strategie für lokale Entwicklung oder Sensibilisierung für diese Strategie

18a

Kurzbezeichnung des Vorhabens (Projektname)

18b

Kurzbeschreibung des Vorhabens (Umfang und Zielsetzung)

Durchführungsort

19 Land (Staat)
20 Bundesland/Region
21 Landkreis PLZ, Gemeinde
22 Ortsteil Straße, Hausnummer

Durchführungszeitraum

23 Beginn	Dauer	Fertigstellung
24 Zeitplan		

Zeilen 14 bis 17: Zuwendungsgegenstand gemäß der LEADER-FÖRL M-V, dem das von Ihnen vorgesehene Vorhaben entspricht. Bitte fügen Sie dem Zuwendungsantrag auch die auf Seite 6 dieses Formulars jeweils genannten **Maßnahmen spezifischen Anlagen** bei (s. Erläuterung zu Zeilen 82 bis 89).

Zeile 18a: Kurzbezeichnung des Vorhabens.

Zeile 18b: Verbale Beschreibung von Umfang, Qualität, Zielsetzung und beabsichtigter Wirkung des vorgesehenen Vorhabens. D. h. was soll wie gemacht werden, welche Ziele bzw. Wirkungen sollen erreicht werden und gegebenenfalls wie bzw. durch wen sollen geförderte Gegenstände oder bauliche Anlagen betrieben und genutzt werden (einschließlich Beginn und Zeitraum der Nutzung).

① Die darüber hinaus mit dem diesem Zuwendungsantrag beizufügenden **Maßnahmen spezifischen Anlagen** erhobenen Angaben müssen hier insoweit nicht wiederholt werden.

Zeilen 19 bis 22: Ort, an dem das Vorhaben durchgeführt wird. Bei ausschließlich immateriellen Vorhaben (z. B. Voruntersuchungen), die sich auf Investitionen beziehen, ist der Ort der Investition anzugeben. Bei Investitionen, die mehrere Orte betreffen (z. B. Wegebauvorhaben), ist der Ort anzugeben, in dem der größere Teil der Investition liegt. Bei Vorhaben, die nicht ortsgebunden sind, entspricht der Durchführungsort in der Regel der Anschrift des Antragstellers lt. Zeile 4.

Zeile 23: Vorgesehener Zeitraum, in dem das Vorhaben durchgeführt wird. Geben Sie bitte den nach Ihrer Planung frühesten Termin für den Beginn, die ungefähre Dauer und den spätesten Termin für die Fertigstellung des Vorhabens an. Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Planung, dass

- der Durchführungszeitraum im Einklang mit der gemäß Nummer 7.1.2 der LEADER-FÖRLö M-V von der lokalen Aktionsgruppe vorgelegten Vorhabenliste stehen muss und
- das Vorhaben, soweit die betreffenden Ausgaben in die Zuwendung einbezogen werden sollen, aus haushalterischen Gründen spätestens im November des Jahres, für das die Zuwendung kassenwirksam gewährt werden soll, abgeschlossen und bei der Bewilligungsbehörde abgerechnet werden muss.

Zeile 24: Bei Bauvorhaben ist der vorgesehene Zeitplan im Hinblick auf

- Beginn und Ende erforderlicher Planungsarbeiten oder Voruntersuchungen,
- Durchführung eines Vergabeverfahrens (Ausschreibung, Submission, Auftragsvergabe),
- Baubeginn und Bauende/Bauabnahme,
- gegebenenfalls Fertigstellung/Abrechnung von Teilen des Vorhabens (z. B. Bauabschnitte, funktionsfähige Teile) sowie
- Zeitpunkt des Nutzungsbeginns der baulichen Anlage anzugeben.

Ausgaben

	Einzelansätze (Bei Hochbauten die Kostengruppen 100 bis 700 der DIN 276.)	Nettobetrag Euro	Mehrwertsteuer Euro	Bruttobetrag Euro
25				
26				
27				
28				
29				
30				
31				
32				
33				
34				
35	Gesamtausgaben			

Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung

	Einnahmen	Haushaltsjahr	Haushaltsjahr	Gesamt
		Euro	Euro	Euro
36				
37	Eigenmittel			
38	↳ eigene Mittel			
39	↳ Kredite			
40	Fremdmittel			
41	↳ Zuwendungen			
42	↳ Leistungen Dritter			
43	Zuwendung			
44	Summe			

Andere Förderungen

Weitere Förderungen sind für die Durchführung des Vorhabens vorgesehen oder in der Vergangenheit für denselben Zweck bereits gewährt worden:

45 nein ja, die Förderung...

46 ...wurde bereits gewährt am: _____

47 ...wurde bereits beantragt am: _____

48 ...wird vorauss. beantragt am: _____

49 Art und Zweck der Förderung, Förderprogramm

50 Höhe der Förderung Bewilligende Stelle

 Euro | _____

Zeilen 25 bis 35: Aufgegliederte Berechnung der gesamten mit dem beantragten Vorhaben zusammenhängenden Ausgaben. Bei Bedarf auf separatem Blatt.

Zeile 36: Wenn das Vorhaben nach dem Zeitplan für die Durchführung (Zeilen 23 und 24) nicht in einem Haushaltsjahr abgeschlossen werden kann und die Auszahlung von Teilbeträgen der Zuwendung in verschiedenen Haushaltsjahren erfolgen soll, gliedern Sie die Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung bitte entsprechend. Beachten Sie bei Ihrer Planung, dass nur Ausgaben als Grundlage für die Auszahlung der Zuwendung berücksichtigt werden,

- die bereits tatsächlich entstanden sind (bezahlte Rechnungen) und
- soweit die den Ausgaben zugrundeliegenden Leistungen bereits tatsächlich erbracht worden sind.

Zeile 37: = Zeile 38 + Zeile 39.

Zeile 38: Eigene finanzielle Mittel des Antragstellers zur Finanzierung des Vorhabens.

Zeile 39: Durch den Antragsteller aufgenommene Kredite zur Finanzierung des Vorhabens.

Zeile 40: = Zeile 41 + Zeile 42.

Zeile 41: Beantragte oder gewährte Zuwendungen durch andere Stellen des Landes oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts (z. B. Bundesrepublik Deutschland, Kommunen) zur Finanzierung des Vorhabens. Auch solche Mittel, die dem Antragsteller als Komplementärfinanzierung zur Absicherung des bei der Zuwendung nach der LEADER-FÖRL M-V verbleibenden Eigenanteils gewährt werden. Soweit andere öffentliche Zuwendungen im Finanzierungsplan vorgesehen sind, sind auch die Zeilen 45 bis 50 auszufüllen. Der Anteil der nationalen Kofinanzierung an der Zuwendung nach der LEADER-FÖRL M-V ist an dieser Stelle nicht anzugeben (s. Erläuterung zu Zeile 44).

Zeile 42: Finanzielle Beteiligung Dritter (z. B. Stiftungsmittel, Spenden), soweit nicht in Zeile 41 erfasst. Der Anteil der nationalen Kofinanzierung an der Zuwendung nach der LEADER-FÖRL M-V ist an dieser Stelle nicht anzugeben (s. Erläuterung zu Zeile 43).

Zeile 43: Beantragte Zuwendung nach der LEADER-FÖRL M-V, einschließlich des aufzubringenden Anteils der nationalen Kofinanzierung an dieser Zuwendung, auch, soweit der Kofinanzierungsanteil gegebenenfalls durch den Träger des Vorhabens selbst getragen wird.

① Die **Anlage KOFI-L** enthält weitere Informationen zur Übernahme des nationalen Kofinanzierungsanteils durch den Vorhabenträger.

Zeile 44: = Zeile 37 + Zeile 40 + Zeile 43 und entspricht der Summe der Ausgaben in Zeile 35.

Zeilen 45 bis 50: Wenn andere Zuwendungen im Finanzierungsplan (Zeile 41) vorgesehen sind oder für den gleichen Zweck früher gewährt worden sind, fügen Sie bitte dem Zuwendungsantrag eine **Kopie des Bewilligungsbescheides** bei oder reichen Sie sie unverzüglich nach.

Variantenvergleich und Folgekostenbetrachtung (nur von Gemeinden bei Investitionen mit erheblicher finanzieller Bedeutung auszufüllen)

Für die Ausführung des Vorhabens wurden mehrere Varianten verglichen:

51 nein ja ▼

52 Varianten (einschließlich jeweiliger Herstellungs- und Folgekosten sowie Nutzungsdauer)

Die Folgekosten des Vorhabens wurden ermittelt (berechnet o. geschätzt):

53 nein ja ▼

54 Folgekosten (insbesondere laufende Kosten für Unterhaltung/Betrieb und Instandhaltung)

Die Gemeinde ist in der Lage, die Folgekosten ohne eine Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit selbst zu tragen:

55 nein ja

Wirtschaftliche Tätigkeit

Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein Landwirtschafts-, Handwerks-, Handels- oder Industrieunternehmen, freiberuflich Tätigen oder sonstigen Gewerbetreibenden (z. B. firmierend als GmbH, UG, AG oder e. G.):

56 nein ja

Die Grundstücke, baulichen Anlagen oder sonstigen Gegenstände, die das zu fördernde Vorhaben betreffen, werden derzeit oder zukünftig

- gewerblich oder landwirtschaftlich genutzt (z. B. Räume als Ladengeschäft, Betriebssitz, Produktionsstätte, Büro oder Werkstatt) oder
- an Dritte vermietet oder verpachtet oder sonst gegen Geldleistung zur Nutzung überlassen:

57 nein ja

Einnahmen schaffende Vorhaben

Im Zusammenhang mit dem Vorhaben werden Nettoeinnahmen erzielt oder sollen künftig erzielt werden:

58 nein ja, die Nettoeinnahmen werden...

59 ...während der Durchführung erwirtschaftet

60 ...nach Abschluss des Vorhabens erwirtschaftet

61 Bezeichnung/Art der Einnahmen

Vorsteuerabzugsberechtigung

62 Es besteht eine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG.

Zeilen 51 bis 55: Nur auszufüllen, wenn das Vorhaben eine von einer Gemeinde durchgeführte Investition von erheblicher finanzieller Bedeutung, insbesondere Bauten oder die Instandsetzung an Bauten, betrifft. Unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten (z. B. Sanierung oder Ersatzneubau) ist durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich, zumindest durch einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten und der Folgekosten, die wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln (vgl. § 9 Absatz 2 GemHVO bzw. § 9 Absatz 1 GemHVO-Doppik). Zuwendungen werden nur gewährt, wenn die Folgekosten die Grenzen der dauernden Leistungsfähigkeit nicht übersteigen.

Zeilen 56 und 57: Wenn Unternehmen Zuwendungen gewährt werden, unterliegt die Förderung den Bestimmungen über staatliche Beihilfen an Unternehmen. Handelt es sich bei dem Antragsteller um ein Landwirtschafts-, Handwerks-, Handels- oder Industrieunternehmen, freiberuflich Tätigen oder sonstigen Gewerbetreibenden (z. B. firmierend als GmbH, UG, AG oder e. G.) oder steht das beantragte Vorhaben sonst im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit, fügen Sie dem Zuwendungsantrag bitte die **Anlage BEI** bei. Beachten Sie bitte folgende Hinweise:

- Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt.
 - Eine Tätigkeit ist wirtschaftlich, wenn sie darin besteht, auf einem bestimmten Markt Waren oder Dienstleistungen anzubieten.
 - Eine fehlende Gewinnerzielungsabsicht oder der Status der Gemeinnützigkeit schließen eine wirtschaftliche Tätigkeit nicht aus.
 - Eine Nutzung im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit liegt auch vor, wenn das Vorhaben betreffende Grundstücke, bauliche Anlagen oder sonstige Gegenstände durch den Antragsteller ganz oder teilweise für gewerbliche Zwecke genutzt (z. B. Ladengeschäft, Betriebssitz, Produktionsstätte, Büro oder Werkstatt in einem geförderten Gebäude) oder Dritten entgeltlich zum Gebrauch überlassen (z. B. Vermietung oder Verpachtung eines geförderten Gebäudes) werden.
- ① Die **Anlage BEI** enthält weitere Informationen über die Gewährung staatlicher Beihilfen an Unternehmen.

Zeilen 58 bis 61: Als Nettoeinnahmen zählen alle Zuflüsse von Geldbeträgen, die unmittelbar von den Nutzern für die im Rahmen des Vorhabens bereitgestellten Waren und Dienstleistungen gezahlt werden, wie beispielsweise Gebühren, die unmittelbar von den Nutzern für die Benutzung der Infrastruktur, den Verkauf oder die Verpachtung/Vermietung von Grundstücken oder von Gebäuden entrichtet werden, oder Zahlungen für Dienstleistungen, abzüglich der im entsprechenden Zeitraum angefallenen Betriebskosten (Personal-, Wartungs- und Reparaturkosten, Management- und Verwaltungskosten, Versicherung, Kosten des Verbrauchs von Rohstoffen und Energie, sonstige Verbrauchsgüter) und Wiederbeschaffungskosten für kurzlebige Anlagegüter.

Durchführungsvoraussetzungen

Einen Beschluss über die Durchführung und Finanzierung des Vorhabens...

63 ...hat das zuständige Organ bereits gefasst am:

64 ...wird das zuständige Organ voraussichtlich fassen am:

Ich bin/wir sind zur Durchführung des Bauvorhabens berechtigt...

65 ...als Eigentümer des Objektes

66 ...als langfristig nutzungsberechtigte/r Besitzer des Objektes

Für das Vorhaben ist eine Baugenehmigung erforderlich:

67 nein ja, die Baugenehmigung...

68 ...wurde bereits erteilt am:

69 ...wurde bereits beantragt am:

70 ...wird vorauss. beantragt am:

Für das Vorhaben ist eine sonstige behördliche Erlaubnis erforderlich:

71 nein ja, die Erlaubnis...

72 ...wurde bereits erteilt am:

73 ...wurde bereits beantragt am:

74 ...wird vorauss. beantragt am:

Art der Erlaubnis

75

Erlaubnis erteilende Behörde

76

Für das Vorhaben ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich:

77 nein ja, die Umweltverträglichkeitsprüfung...

78 ...wurde ber. durchgeführt am:

79 ...wird vorauss. durchgeführt am:

Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung

80

Zeilen 63 und 64: Nur auszufüllen von juristischen Personen, bei denen die Durchführung eines Vorhabens und dessen Finanzierung grundsätzlich eines Beschlusses des zuständigen Organs (z. B. Gemeindevertretung, Vorstand) bedarf. Bitte fügen Sie dem Zuwendungsantrag eine **Kopie des Beschlusses** bei oder reichen Sie sie unverzüglich nach.

① Hiermit ist **nicht** der **Beschluss der lokalen Aktionsgruppe** zur Mitfinanzierung des Vorhabens gemeint.

Zeilen 65 und 66: Nur auszufüllen bei Investitionen in Grundstücke und bauliche Anlagen. Als Eigentumsnachweis ist ein **Grundbuchauszug** vorzulegen. Als Nachweis der Nutzungsberechtigung sind mit dem Eigentümer **schriftlich getroffene Vereinbarungen über die Nutzung** (z. B. Pacht- oder Mietvertrag) vorzulegen. Da Zuwendungsempfänger dazu verpflichtet werden, die geförderten Grundstücke und baulichen Anlagen für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren dem Anwendungszweck entsprechend zu verwenden, muss eine hinreichend langfristige Nutzungsbechtigung bestehen.

① Soweit das Grundstück oder die bauliche Anlage innerhalb des Gebietes eines Verfahrens nach dem Flurbereinigungsgesetz oder dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz liegt, kann durch den Antragsteller auf die Vorlage eines Eigentumsnachweises gegenüber der Bewilligungsbehörde, die zugleich Flurneuordnungsbehörde ist, verzichtet werden, wenn in dem Verfahren die Eigentumsverhältnisse festgestellt oder geordnet werden.

Zeilen 67 bis 70: Wenn für die Durchführung des Vorhabens eine Baugenehmigung einzuholen ist, fügen Sie bitte dem Zuwendungsantrag eine **Kopie der Baugenehmigung** bei oder reichen Sie sie unverzüglich nach.

Zeilen 71 bis 76: Wenn für die Durchführung des Vorhabens eine sonstige behördliche Erlaubnis (z. B. naturschutz-, wasser- oder denkmalrechtliche Genehmigung) einzuholen ist, fügen Sie bitte dem Zuwendungsantrag eine **Kopie der Erlaubnis** bei oder reichen Sie sie unverzüglich nach.

① Wenn für die Durchführung des Vorhabens die Feststellung oder Genehmigung eines Plans über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen gemäß § 41 des Flurbereinigungsgesetzes Voraussetzung ist, kann durch den Antragsteller auf die Vorlage des Planfeststellungsbeschlusses oder der Plan-genehmigung gegenüber der Bewilligungsbe-hörde, die zugleich Flurneuordnungsbehörde ist, verzichtet werden.

Zeilen 77 bis 80: Wenn für die Durchführung des Vorhabens eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach dem UVPG oder dem LUVPG M-V durchzuführen ist, fügen Sie bitte dem Zuwendungsantrag eine **Kopie des Ergebnisses dieser Prüfung** bei oder reichen Sie sie unverzüglich nach.

Anlagen

- 81 Anlage UMS Anlage VORB Anlage KOOP
- 82 Anlage MAN Anlage MWST
- 83 Anlage STB Anlage KOFI-L Anlage BEI
- 84 Anlage VERG Bewilligungsbescheid(e) anderer Förderung(en)
- 85 Beschluss des zuständigen Organs RUBIKON-Auswertung
- 85a Erklärung nach Nr. 1.1.2 VV-K Stellungnahme der RAB
- 86 Eigentumsnachweis Nutzungsberechtigung
- 87 Baugenehmigung behöndl. Erlaubnis UVP-Ergebnis
- 88 Kostenschätzung Kostenberechnung Vergleichsangebote

89 sonstige Anlagen

Erklärung des Antragstellers

- Die Angaben in diesem Zuwendungsantrag und in den mit dem Zuwendungsantrag eingereichten Anlagen sind vollständig und richtig.
- Mit dem Vorhaben wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides oder der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen; der Ausführung zuzurechnende Lieferungs- oder Leistungsverträge wurden noch nicht geschlossen.
- Mir/uns ist bekannt, dass die folgenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuches strafbar ist.

Subventionserheblich sind die Angaben in diesem Zuwendungsantrag

- über den Antragsteller und die Betriebsnummer (Zeilen 1 bis 10),
- über das Vorhaben, den Durchführungsort und den Durchführungszeitraum (Zeilen 14 bis 24),
- über den Finanzierungsplan (Zeilen 25 bis 44),
- über andere Förderungen für das Vorhaben (Zeilen 45 bis 50),
- über die wirtschaftliche Tätigkeit, Einnahmen schaffende Vorhaben und die Berechtigung zum Vorsteuerabzug (Zeilen 56 bis 62),
- über die Durchführungsvoraussetzungen (Zeilen 63 bis 80) sowie
- die Erklärung, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides oder der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen wird und
- die Erklärung, dass die Angaben in diesem Zuwendungsantrag und in den mit dem Zuwendungsantrag eingereichten Anlagen vollständig und richtig sind.

Subventionserheblich sind ferner die in den mit diesem Zuwendungsantrag eingereichten Anlagen als subventionserheblich bezeichneten Angaben.

- Ich/wir werde/n der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzeigen, wenn die für die Zuwendungsgewährung maßgeblichen, insbesondere die subventionserheblichen, Tatsachen sich ändern oder wegfallen.

Zeilen 81 bis 88: Fügen Sie dem Zuwendungsantrag bitte bei

Anlage UMS wenn Zeile 14 ausgefüllt ist;

Anlage VORB wenn Zeile 15 ausgefüllt ist;

Anlage KOOP wenn Zeile 16 ausgefüllt ist;

Anlage MAN wenn Zeile 17 ausgefüllt ist;

Anlage MWST wenn der Antragsteller nicht eine natürliche Person, Personengesellschaft oder juristische Person des privaten Rechts ist;

Anlage STB wenn Zeile 7 ausgefüllt oder in Zeile 10 „ja“ ausgewählt ist oder die Betriebsnummer im Förderzeitraum 2007 bis 2013 bzw. 2014 bis 2020 zugeteilt wurde und Sie erstmals einen Zuwendungsantrag für den Förderzeitraum 2024 bis 2029 stellen;

Anlage KOFI-L bei Vorhaben öffentlicher Träger (Gemeinden, Gemeindeverbände, Teilnehmergemeinschaften, Kirchen) in jedem Fall; bei Vorhaben privater Träger nur, soweit eine Kommune oder Kirche den Anteil der nationalen Kofinanzierung trägt;

Anlage BEI wenn in Zeile 56 oder Zeile 57 „ja“ ausgewählt ist (s. Erläuterung zu Zeilen 56 und 57);

Anlage VERG wenn bei Bauvorhaben aus der beantragten Zuwendung auch Ausgaben für Planungsleistungen mitfinanziert werden sollen, die zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits beauftragt worden sind;

Bewilligungsbescheid(e) anderer Förderung(en) wenn Zeile 46 ausgefüllt ist;

Beschluss des zuständigen Organs wenn Zeile 63 ausgefüllt ist;

RUBIKON-Auswertung und Erklärung nach Nr. 1.1.2 VV-K und, soweit die dauernde Leistungsfähigkeit gefährdet oder weggefallen ist, **Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde (RAB)** nur bei Investitionen von Kommunen;

Eigentumsnachweis wenn Zeile 65 ausgefüllt ist und nicht auf die Vorlage verzichtet werden kann (s. Erläuterung zu Zeilen 65 und 66);

Nutzungsberechtigung wenn Zeile 66 ausgefüllt ist;

Baugenehmigung wenn Zeile 68 ausgefüllt ist;

Sonstige behördliche Erlaubnis wenn Zeile 72 ausgefüllt ist und nicht auf die Vorlage verzichtet werden kann (s. Erläuterung zu Zeilen 71 bis 76);

Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wenn Zeile 78 ausgefüllt ist.

Eine **Kostenschätzung** oder **Kostenberechnung** eines Architekten oder Ingenieurs oder mindestens drei **Vergleichsangebote**, auf deren Grundlage die Ausgaben lt. Zeilen 25 bis 35 ermittelt wurden.

- Ich/wir habe/n das **Merkblatt zur Datenverarbeitung** und die **Erklärung der Zahlstelle EGFL/ELER zur Erfüllung der Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person** zur Kenntnis genommen und willige/n in die Verarbeitung personenbezogener Daten ein.
- Ich/wir habe/n die **Hinweise zur Auftragsvergabe** zur Kenntnis genommen.
 - Mir/uns ist bekannt, dass bei Nichteinhaltung der Vergabevorschriften, auch, soweit Verstöße nach der Auszahlung der Zuwendung z. B. im Rahmen örtlicher Kontrollen festgestellt werden, die betreffenden Ausgaben ganz oder teilweise von der Zuwendung ausgeschlossen werden und gegebenenfalls bereits gezahlte Beträge zurückgefordert werden.
 - Mir/uns ist bekannt, dass die Einhaltung der Vergabevorschriften Voraussetzung für eine spätere Zuwendungsgewährung ist, soweit ich/wir Leistungen vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides vergeben.
 - Mir/uns ist bekannt, dass der Bewilligungsbehörde die in den **Hinweisen zur Auftragsvergabe** genannten Unterlagen unverzüglich, spätestens jedoch vor der Auszahlung der Zuwendung vorzulegen sind und bei Nichtvorlage der Unterlagen sowie bei Vorlage unvollständiger oder unrichtiger Unterlagen die betreffenden Ausgaben ganz oder teilweise von der Zuwendung ausgeschlossen werden.

Das **Merkblatt zur Datenverarbeitung**, die **Erklärung der Zahlstelle EGFL/ELER zur Erfüllung der Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person** sowie die **Hinweise zur Auftragsvergabe** finden Sie im Internet unter www.lu.regierung-mv.de/ile-formulare. Auf Wunsch werden Ihnen das Merkblatt und die Hinweise auch per E-Mail oder als Papierexemplar zur Verfügung gestellt.

Zeile 91: Bei juristischen Personen Unterschrift durch die vertretungsberechtigte Person unter Angabe ihrer Funktion oder Dienststellung (z. B. „Bürgermeisterin“, „Geschäftsführer“).

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

91

Datum	Name in Druckschrift	Funktion/Dienststellung

Unterschrift